

Bezugspreis:
Erscheinung täglich mittags
Preis monatlich 3.50 Mark frei in das
Haus. — Post 30 Pfg. halbjährlich.
118 Bote- und Agenten in 490 Orten.

Verantwortlich: Dr. Ferd. Abel.
Für den politischen Teil Dr. Ferd. Abel,
für den kulturellen Teil und den Feuilleton
Paul Schuppert, für den abigen
inhaltsreichen Teil Andreas Müller,
für den Kellerei- und Anzeigen-Teil
Johannes Tüner (amtlich in Bonn).

Bonner Volks-Zeitung

Deutsche Reichs-Zeitung

Bonner Volkswacht

Montag, 15. März

Geschäftsstelle: Bonn, Süß 1 am Münster

Postfach-Konto Köln unter Nr. 1963

Verleger: Deutsche Reichs-Zeitung G.m.b.H., Bonn

Fernsprecher: Schriftleitung Nr. 4835

Geschäftsstelle 59 u. 60

Drahtadresse: Reichszeitung Bonn

Tend: V. Hauptmann'sche Buchdruckerei, Bonn

Anzeigen-Preis:

30 mm breit, das am 25 Pfg., ausm. 40 Pfg.
Kleinanzeigen 22 mm breit das am (lokal) 4 Pfg.,
(ausm.) 11 Pfg. Kleine priv. Anzeigen 40 Pfg.,
das einjährige Wort bei 4 mal. Aufnahme,
einjähr. Steuer- u. Zeugnisausschlag, Zahl-
der sofort. Bei gerichtlichen Verfahren
u. dreimonatigen Zahlungsrückstand fällt
bemittelte Rabat fort.

Für Vorschau wird nicht garantiert.

Für unverlangt eingegangene Manuskripte
übernehmen wir keine Gewähr.

Bonner Stadt-Anzeiger

Die neue Revolution.

Der Einmarsch in Berlin.

Die Regierung flüchtet nach Dresden.

Berlin, 13. März. In der Nacht von Freitag
zum Samstag ist die Marinebrigade Ehrhardt von
Döberitz nach Berlin marschiert. Die Regierung
Bauer hatte noch in letzter Stunde versucht, die Bri-
gade von dem Vormarsch nach Berlin abzuhalten.
Nach der gescheiterten Mission des Admirals vom
Trotha war General von Oldershausen nach
Döberitz entsandt worden, ohne Erfolg. Die Ge-
genrevolutionäre richteten an das Kabinett ein
Ultimatum,

das u. a. folgende Punkte enthielt: 1. Bildung eines
neuen Kabinetts bestehend aus Reichsministern, 2. an
Stelle des Reichswehrministers Koste tritt General
von Lüttich als Reichswehrminister, 3. Straffrei-
heit für Generalstabschefdirektor Kapp und die
anderen in Schutzhaft genommenen Personen, 4.
Straffreiheit für die Angehörigen der Marine-
brigade Ehrhardt.

Bis 5 Uhr morgens beriet Reichspräsident Ebert
mit dem Kabinett. Das Ergebnis der Berä-
tungen war die Ablehnung des Ultimatums unter
Bericht auf jeden Widerstand. Die Truppen, die
Berlin vor den Gegenrevolutionären schützen sol-
len, wurden eingezogen. Die Regierung verließ,
ohne ihre Koffer niederzuliegen, um 1/2 Uhr im
Automobil Berlin und begab sich nach Dresden.
Die Brigade Ehrhardt ist um 7 Uhr, ohne Wi-
derstand zu finden, mit schwarz-weiß-roten Fahnen
in Berlin eingerückt.

Die neue Regierung Kapp v. Lüttich.

Reichsregierung für abgesetzt, Nationalversammlung
und Landesversammlung für aufgehoben erklärt.
Berlin, 13. März. Am Samstag gegen Mittag
verbreitete Wolffs Bureau folgende

Rundgebungen:

Die bisherige
Reichsregierung hat aufgehört
zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist an den mit-
telständischen Generalkommandanten Dr. Kapp (Ab-
schaffung v. Pr.) als Reichskommissar und preußischer

Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen
Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister,
wird vom Reichskommissar der General der Infanterie,
Hr. von Lüttich, berufen. Eine neue Regierung
der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.
Hr. von Lüttich, General der Infanterie,
und Kapp, Landvolkswirtschaftsminister.

II.

Das Mandat der
Nationalversammlung
zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des
Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische
Recht an weiterer Tagung. Der Versuch, die Wahlen
hinzuerschreiben und damit ihr Mandat eigenmächtig
zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die
oben geschilderte Verfassung wird vollständig von ihr
wie ein leeres Papier behandelt. Schon will die
Reichsregierung die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch
die Gewalt des Volkes, sondern durch das Parla-
ment vornehmen. Die Nationalversammlung wird
hiermit aufgelöst.

Sowie die innere Ordnung wiederhergestellt ist, wer-
den wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkeh-
ren und Neuwahlen ausgeschrieben.

Der Reichskommissar, gen. Kapp.

III.

Die
Preussische Landesversammlung
wird in Anbetracht der veränderten Lage
aufgelöst.

Der preussische Ministerpräsident Kapp.

Das preussische Ministerium gefangen.

Berlin, 13. März. Nach Mitteilung von Zen-
trumsgesandten befindet sich das preussische
Ministerium in keiner Gemeinschaft im Gebäude des
Ministerpräsidenten in der Wilhelmstraße inter-
niert.

Haftbefehl gegen Erzberger.

Berlin, 13. März. Die neue Regierung hat der
Sicherheitspolizei den Befehl erteilt, den früheren
Reichsfinanzminister Erzberger auf Grund des be-
stehenden Ausnahmezustandes zu verhaften. Erz-
berger hat aber in der Nacht keine Wohnung ver-
lassen und ist aus Berlin abgereist.

Erzberger's Rücktritt genehmigt.

Dresden, 13. März. Reichsfinanzminister Erz-
berger hat am Freitag, den 12. März dem Reichs-
präsidenten sein Entlassungsgesuch vorgelegt, das
bisher am gleichen Tage genehmigt hat.

Die Regierung Bauer in Dresden.

Aufruf an das deutsche Volk.

Dresden, 13. März.
An das deutsche Volk!
Durch einen unglücklichen Umstand hat die Re-
gierungsgebäude in Berlin in die Hände von Auf-

ständigen gelangt. Keine politische Partei, kein Mann
von bekannter Denkart steht hinter die in Ver-
ordnungen. Nachdem sich die in Döberitz einmarschierten
zur Entlassung bestimmten Truppen, momentan aus
dem Volkstum, hinter diesen Akt der Tollheit gestellt
haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu ver-
meiden und das Leben der an Zahl geringer in Berlin
bestehenden regulären Truppen zu schonen, Berlin
verlassen. Hat ist seit 1914 genau geflossen und das
Abenteuer wird in wenigen Tagen an seiner inneren
Unmöglichkeit zusammenfallen.

Die Regierung hat ihren

Sitz nach Dresden verlegt.

Jeder bleibt an den Geschäften seiner verfassungsmä-
ßigen Regierung gebunden. Nur sie kann Rechte
erzielen und Zahlungsbefehle ausstellen. Jede
Anordnung einer anderen Stelle ist nichtig. Die Sol-
daten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen,
den Reichspräsidenten und der Regierung zu dienen
und Gehorsam zu leisten. Dem Gebot einer Anzahl
Offiziere nachzugeben, verbietet ihnen Pflicht und
Recht.

Die Auflösung der Nationalversammlung ist ver-
fassungswidrig. Der Präsident der Nationalversamm-
lung ist ermächtigt, die Nationalversammlung selbst
wieder einzuberufen. Nur eine auf der Verfassung
begründete Regierung vermag Deutschland davon zu
schützen, daß es in Nacht und Mist verfaßt. Wenn
Deutschland von einem Vandalen um seinen Gehalt
wird, so ist es verloren. Eine auf dem Gewaltakt
basierende Regierung vertritt der Autorität
im Innern und im Ausland.

Das Volk wird verurteilt, wenn neue Wahlen die
Wirklichkeit und den Verfall unterbinden, das Ver-
trauen des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmä-
ßige Regierung erwarbt, untergraben. Unbedachte
Gedanken nach innen und außen haben bevor, wenn
das Volk die Notwendigkeit versteht.

Deutsches Volk! Ichere dich um deine verfassungsmä-
ßige Regierung.

Dresden, den 13. März 1920.

Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Bauer, Koste, Gieseler.

Lüttich, Kapp, Weiser.

Einberufung der Nationalver- sammlung nach Stuttgart.

WTB. Dresden, 13. März. Präsident Fehren-
bach hat die Nationalversammlung auf Dienstag,
den 16. März nach Stuttgart einberufen.

Das Zentrum gegen den neuen Umsturz.

Berlin, 14. März. Unter dem Vorsitz des Partei-
und Fraktionsvorsitzenden Trimborn verammelten
sich am Samstag, den 13. März, die in Berlin an-
wesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion der
Nationalversammlung und der Preussischen Landes-

versammlung. Die Versammelten kamen einmütig
zu folgendem Beschluß:

Das Zentrum steht als christliche Volkspartei
fest auf dem Rechtsboden der Verfassung. Da-
her verurteilt es auf das Schürste den Ver-
such, die verfassungsmäßige Regierung zu
stürzen.

Die Auflösung der Deutschen Nationalver-
sammlung und der Preussischen Landesver-
sammlung ist eine Gewalttat. Sie wird von
uns nicht anerkannt.

Es ist ein Verbrechen am deutschen Volk, den
schicksalhaft beginnenden Wiederaufbau des Va-
terlandes zu stören und über Deutschland die
Gefahr des Bürgerkrieges heraufzubeschwören.

Wir sind überzeugt, daß wir bei der Verur-
teilung der neuen Umstürzbewegung uns in
Verbündetung befinden mit unseren Par-
teifreunden und mit der ganz überwiegenden
Mehrheit des deutschen Volkes.

Die Rechtsparteien unterstützen die Gegenregierung.

WTB. Berlin 14. März. Wie von Seiten der
Regierung erklärt wird, haben sich die beiden
Rechtsparteien, ohne sich mit der Regierung eins
zu erklären, bereit erklärt, die neue Regierung zu
unterstützen. Wie weiter mitgeteilt wird, ist die
Regierung entschlossen, dem bereits begonnenen
Generallstreik mit allen ihr zur Verfügung stehen-
den Mitteln entgegenzutreten. Die Technische No-
thilfe ist sofort eingesetzt worden, um zunächst die
dringende notwendige Versorgung mit Wasser wie-
der in Gang zu bringen.

Die Deutsche Volkspartei erklärt in einem Auf-
ruf: Alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß
sich der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in
ruhiger ordnungsmäßiger Weise vollzieht, müssen
sich jetzt in der Forderung zusammenschließen, daß
die neue Regierung zunächst Bürgerpflichten gibt für
die Sicherung der Ordnung, des Eigentums und
der Freiheit der Arbeit. Die liberalen Grundzüge
der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Um-
wälzung unberührt. Wir erwarten von der Re-
gierung, daß sie unverzüglich neue Wahlen zu den ge-
setzgebenden Körperschaften herbeiführt, und daß
durch die Bildung einer verfassungsmäßigen Re-
gierung sichergestellt, zu der alle Parteien herangezogen
werden sollen, denen es ernst ist mit der W. Ver-

aufrichtung unserer Wirtschaft und mit der Wäh-
rung der nationalen Würde.

Erklärung des Generalstreiks.

WTB. Berlin, 14. März. Seit nachts ruht der
Straßenbahnbetrieb vollkommen. Auch die Hoch-
bahn hat auf den Hauptstrecken den Verkehr ein-
stellen müssen. Am Morgen ist den Berlinern das
Wasser abgeschnitten worden.

Berlin, 14. März. Heute, Sonntag vormittag,
hat eine Sitzung des Deutschen Gewerkschaftsbun-
des und der Berliner Gewerkschaftskommission
stattgefunden. Es wurde beschlossen, den General-
streik auf das ganze Reich zu erweitern. Der Ge-
nerallstreik in Berlin soll mit rücksichtsloser Schärfe
durchgeführt werden, um die neue Regierung frei-
willig zum Rücktritt zu zwingen.

Berlin, 14. März. Wie der R. 3. gemeldet wird,
ist gestern abend gegen 5 Uhr die Einigung der
Reichssozialisten, der Unabhängigen und der
kommunistischen Partei zustande gekommen.

Eisenbahner und Postbeamten schließen sich an.

Berlin, 14. März. Am Samstag haben Ber-
trauensmännerversammlungen des Allgemeinen
Eisenbahnerverbandes, des Deutschen Eisenbahner-
verbandes und des Eisenbahner-Eisenbahner-Verban-
des stattgefunden, in denen die Funktionäre und
Obleute sich mit der neuen Lage beschäftigten. In
den Referaten und in der Aussprache wendeten sich
die Redner einhellig gegen die neue Regierung
und erklärten, daß sie auf keinen Fall unter dem
Kabinett Kapp weiterarbeiten würden. Dieser
Beschluss wurde von den Vorständen der drei Ver-
bände gutgeheißen und eine Abordnung an das
Eisenbahnministerium entsandt, die dort die ge-
meinsam gefassten Beschlüsse überreichte. Sonntag
nachmittag fand abermals eine Konferenz der drei
großen Eisenbahnerverbände statt. Wie von zu-
ständiger Seite mitgeteilt wird, ist damit zu rech-
nen, daß am Dienstag oder Mittwoch der Generall-
streik der Eisenbahner erklärt wird.

Auch die Verbände der unteren und mittleren
Postbeamten stehen der Neuordnung der Dinge
nicht feindselig gegenüber. Nachdem die Geo-

Hände schon am Samstagabend gemeinsam eine Sitzung abgehalten haben, wurde am Sonntag morgen früh mit den Eisenbahnen genommen. Die Vertreter der Postbeamten erklärten, daß sie sich dem Ausstand der Eisenbahnen anschließen wollen.

Generalfreik im Westen.

Wie in allen größeren Städten des Reichs ist auch in den rheinisch-westfälischen Städten der Generalfreik erklärt worden.

Der Radikalismus wächst.

Essen, 14. März. Die politische Gegenbewegung im Industriebezirk verschärft sich lawinenartig und nimmt immer mehr linksradikalen Charakter an. Die heutige Kundgebung der Essener Arbeiterschaft wies der Zahl der Besucher nach ungefährt den jehofachen Umfang der gestrigen, etwa 30- bis 40 000 Menschen auf, zu der 6 bis 8 Redner gleichzeitig sprachen, und zwar nur Kommunisten und Unabhängige, während die Mehrheitssozialisten, deren Führer Lindbergh gestern nach allerdings unter reichlichem Widerspruch seiner Zuhörerschaft sprach, heute in der Versammlung verschwunden war. Es wurde mitgeteilt, daß nach der zwischen den Kommunisten, Unabhängigen und der mehrheitssozialistischen Partei getroffenen Einigung und Abmachung die Arbeiter morgen ihre Arbeitsstätten wieder verlassen sollen. Diese Räte sollen die Träger der politischen Gegenbewegung werden, sie sollen die Diktatur des Proletariats in die Wege leiten, die politischen Gefangenen mit der Hilfe der Arbeiter befreien, für die Bewaffnung des Volkes sorgen und die Sozialisierung schnellstens durchführen. 100 000 Mann sollen von den Räten ihre Anweisungen empfangen.

Die gesamte Presse des Industriegebietes gegen die „neue Regierung“.

Düsseldorf, 15. März. Die gesamte Presse des Industriegebietes wendet sich gegen die neue Regierung, auch die Blätter, die ganz rechts stehen.

Wanderungen in Essen.

Essen, 15. März. Am Samstag ist es hier zu Wanderungswogen bei einer Waffenhandlung gekommen, die durch die Sicherheitswehr eingeklemmt wurden. Beim Landsturm versuchte die Menge die politischen Gefangenen zu befreien. Der Versuch wurde mit Schreckschüssen abgebrochen.

Die neuen Arbeiterräte.

Pothum, 15. März. Der neu eingesetzte Arbeiterrat hat die vollständige Gewalt ergriffen. Die Einwohnerwehr ist aufgelöst und bis auf zwei Kompanien, die aus Arbeitern bestehen, entlassen worden. Ein auf dem Bahnhof stehender Wagon mit Gewehren, die vom Wehrkommando in Münster schon vor längerer Zeit für die hiesige Einwohnerwehr bestimmt und abgeliefert worden waren, wurde vom Arbeiterrat mit Beschlag belegt, und die Gewehre wurden an die revolutionären Arbeiter verteilt. Die hiesigen Zeitungen sind

unter Zensur gestellt worden. In der Stadt herrscht Ruhe. Patrouillen der grünen Sicherheitswehr, der blauen Polizei und bewaffnete Arbeiter halten die Ordnung aufrecht.

Große Erregung.

Duisburg, 15. März. Die Kundgebungen der neuen Regierung haben im hiesigen Gebiet große Erregung, besonders unter der Arbeiterschaft, hervorgerufen. In Duisburg antworteten die Transportarbeiter sofort mit dem Streik, die Straßenbahnwagen führen ein, und der ganze Hafen- und Umschlagbetrieb in den Duisburger und Ruhrrevier Häfen ruht vollständig. Dies ist für die Versorgung mit Lebensmitteln für das Industriegebiet von der größten Bedeutung.

Duisburg, 14. März. Die Lage hat sich infolgedessen verschärft, daß die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen in großen Versammlungen sich für das Eintreten in den Generalfreik am Montagmorgen entschieden haben. Die christlichen Gewerkschaften haben nur einen 14stündigen Generalfreik erklärt und treten dafür ein, Berlin von dem übrigen Deutschland abzuschneiden.

Handgranaten!

NZV. Magdeburg 15. März. Nach einer Privatmeldung der Magdeburger Zeitung aus Weimar erfolgte nachts ein mehrfacher Gewehr- und Handgranateneinsatz auf die von der Sicherheitswehr besetzte Hauptpost. Das Polizeigebäude und Würgerhäuser wurden stark beschädigt. Die Post blieb im Besitze der Sicherheitswehr.

Kämpfe in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. 15. März. Zwischen Soldaten und Zivilisten entstand vor dem hiesigen Bahnhof ein viertägiges Feuergefecht, dem 14 Tote zum Opfer fielen. Die Stadt ist jetzt wieder ruhig.

Die Nationalversammlung lung doch in Berlin?

Berlin 15. März. Bei Besprechungen, die gestern und heute zwischen den in Berlin anwesenden Mitgliedern der Koalitionsparteien stattgefunden haben, ergab man inoffiziell der Ansicht zu, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung in Stuttgart nicht wünschenswert sei.

Wenn der Generalfreik und die Stilllegung der Eisenbahnen es nicht unmöglich machen, soll nicht mehr die Nationalversammlung nach Berlin einberufen werden. Rapp soll vor die Entscheidung gestellt werden, ob er die Nationalversammlung mit Gewalt auseinanderreißen will.

Ein endgültiger Entschluß über diese Frage konnte natürlich noch nicht gefaßt werden, weil ja schon von heute auf morgen neue Taktiken eintreten können, die für die Beurteilung der Lage von Wichtigkeit sind.

Das rheinische Zentrum gegen die Rapp-Lüttich.

Köln 15. März. Der Zweite Vorsitzende der Rheinischen Zentrumsparlei, Justizrat Königs,

und der Vorsitzende der Kölner Zentrumsparlei, Stadtverordneter Rings, haben die meisten politischen Vorgänge mit in Köln anwesenden führenden Mitgliedern der Zentrumsparlei am Samstag und Sonntag eingehend besprochen. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Erklärung niedergelegt, die den Versuch, die verfassungsmäßige Regierung mit Gewalt zu stürzen, aufs schärfste verurteilt.

Generalfreik in Bonn.

Die Gewerkschaften Bonns beschloßen gestern, heute — Montag — nachmittags 1 Uhr in einen Proteststreik einzutreten, der vorläufig nur bis heute abend dauern soll. Die gesamte organisierte Bonner Arbeiterschaft von rechts bis links versammelt sich um 1 Uhr in der Poppelsdorfer Allee zu einem Demonstrationsszug durch die Stadt. Es sind Ansprachen auf der Holgartenwiese und an anderen Stellen geplant. — Die Vertreter der Gewerkschaften versammeln sich heute Abend zu neuen Besprechungen und neuen Beschlüssen.

Die Wirkung der neuen Revolution in Bonn.

Der große Saal der „Walt“ in Poppelsdorf war am Samstag abend Kopf an Kopf gefüllt. Die U. S. B. hatte eine Rede des ehemaligen Volksbeauftragten Dittmann-Berlin über die politische Lage angekündigt. Statt Dittmanns, der der Vorgänge in Berlin wegen nicht kam, sprach der Kölner Parteiführer König mit leidenschaftlichen Temperament über die Politik der letzten 6 Jahre. Die Versammlung war — was aus dem selbsten lautstarken Zwischenrufen hervorging — mit explosiver Atmosphäre geladen. Als der Redner auf die Rapp-Lüttich-Regierung zu sprechen kam, machte sich die Stimmung der Masse in nicht mißzuverstehenden Begehungen Luft. König forderte zum nächstfolgenden Kampf gegen die militaristische Regierung und ihre Anhänger auf und mahnte zum Zusammenstoß des Proletariats. Seine bittersten Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten waren einer Annäherung und Verständigung allerdings sehr wenig günstig. Dem Herrn König (dem sozialdemokratischen Kölner Volkspräsidenten) habe er am Samstagmorgen bei einer Unterredung folgende 4 Bedingungen mitgeteilt, unter denen allein eine Einigung der beiden sozialistischen Gruppen möglich sei:

1. Absetzung der revisionistischen Diktatur des Proletariats,
2. Absetzung des konsequenten Klassenkampfes,
3. Verzicht auf Bildung einer Koalitionsregierung,
4. Sofortige Niederlegung sämtlicher Regierungsämter.

Der Redner verlangte unter tosendem Beifall der Versammlung die Einführung des Räteprinzips nach russischem Vorbild.

In der Diskussion kam mehrfach der Gedanke zum Ausdruck, der jetzige Berliner Umsturz habe den Auftakt gegeben zu wirksamen und wirklichen Wenden mit den Vertretern des imperialistischen Systems. Der Kampf werde auf der ganzen Linie aufgenommen und nicht eher enden,

bis die eine oder die andere Mächte-Gruppe vernichtet ist. „Diktatur des Proletariats“ sei jetzt die einmütige Parole.

Wie weitverbreitet die Organisation der Berliner Gegenrevolution ist, geht daraus hervor, daß Samstagabend anti-sozialistische Flugblätter, die die Unterzeichnung einer Berliner anti-sozialistischen Zentrale trugen, in Bonn händweise auf die Straßen geworfen wurden. Die Verbreiter der Flugblätter blieben unerkannt.

Aufruf der Bonner Zentrumsparlei. Zentrumswähler.

Des Unheils Stern, dessen fahler Schein erneut seine gespensterhaften Schatten auf unser armes Vaterland wirft, ist wieder gefährdend aus düsteren Wolken hervorgetreten. Die Gegenrevolution erhebt kühn ihr Haupt. Bürgerkrieg und Hungersnot, Chaos und Verzwelgung stehen vor der Tür. Nur Ordnung und eiserne Disziplin können uns helfen.

Die Zentrumsparlei ist die Partei der Ordnung, ist Verfassungspartei. Ordnung, Ruhe und Arbeit um jeden Preis.

Jede Revolution, komme sie von Links oder Rechts, ist vom Uebel; sie bedeutet den Umsturz, entfacht den Bürgerkrieg und bringt Hungersnot und namenloses Elend. Haltet unbedingt die Ordnung aufrecht. Jeder gehe seiner Arbeit nach und meide die Straße.

Eure erwählten Abgeordneten und Führer werden in diesen ersten Tagen Beratung pflegen und ihre Entschlüsse unter der großen Wucht der schweren Verantwortung treffen.

Bonner Zentrumsparlei.
Goergen.

Die alte Regierung an die Regierung aller Länder.

TU. Dresden 14. März. Folgendes Telegramm ist an die Regierungen sämtlicher Länder gerichtet worden:

Vorsichtsprüfung gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein wahrhafter Faktor steht, haben die Regierung veranlaßt, zur Beseitigung von Unvorsichtigkeiten Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den direkten Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsfeindlichen in Berlin abzubrechen.

Die Reichsregierung: Ebert, Bauer, Noske usw.

Die alte Regierung nach Stuttgart.

Berlin 15. März. Die Regierung Ebert-Bauer ist, wie aus Dresden gemeldet wird, von Dresden nach Stuttgart abgereist.

Der Generalfreik in Bayern.

München 15. März. Der Aktionsausschuß der bayerischen Betriebsräte und die gewerkschaftlichen

Bereine Münchens haben den Generalfreik verkündet.

Die zweite Abstimmung in Schleswig.

Schlesienbel-Mehrheit für Deutschland.

NZV. Hamburg, 15. März. Der deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig teilt mit, das Abstimmungsergebnis in der zweiten notwendigen Zone brachte schlesienbel Mehrheit für Deutschland. Im Landkreis Flensburg stimmten für Deutschland 6751, für Dänemark 1421 Wahlberechtigte, in der Stadt Flensburg beträgt die Stimmzahl für Deutschland 27053, für Dänemark 8935.



Nach Gottes unerforschlichem Rat-schluss entschloß heute morgen infolge von Herzschwäche, gestützt durch die Heilmittel der kath. Kirche mein innigstgeliebter, treuerzgender Mann, mein herzogsunter Pfleger, Bruder, Schwager und Onkel

der wohlachtbare Herr

Heinrich Maucher
Rentner

im 71. Lebensjahre, nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Sibylla Maucher geb. Fassbender
Wilhelmine Maucher.

Bonn, Bonn-Poppelsdorf, Godesburg.
New-York, Darmstadt, 11. März 1920.

Die feierlichen Exequien werden am Dienstag, d. 16. März, morgens 8 Uhr, in der Pfarrkirche zu Poppelsdorf gehalten; daran anschliessend die Beerdigung vom Sterbehause Argelanderstrasse 28 aus.

Kranzpenden sind nicht im Sinne des Verstorbenen.

Das Jahrgedächtnis

für die verstorbene

Frau Wwe. Hub. Jos. Willems

geb. Netichen Brandt

findet Dienstag den 16. März, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu eingeladen wird.